

**Rede Werner Baumann
anlässlich des
Herbstempfangs des Deutschen Aktieninstituts e.V. in Brüssel**

Montag, 26. September 2016

BMW Brand Store Brüssel, Boulevard de Waterloo 23-24, Brüssel

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Kommissar Moscovici,

Die Attraktivität der Europäischen Union als Wirtschaftsstandort muss weiter gestärkt werden. Nur so können wir im internationalen Standortwettbewerb mitziehen und den kommenden europäischen Generationen eine Perspektive bieten. Ich bin sicher, dieser Aussage werden die meisten hier zustimmen.

Zum anderen muss es uns besser gelingen, die europäische Idee mit Leben zu füllen. Mit der Europäischen Union muss wieder eine positivere Stimmung verbunden werden als zuletzt. Und zwar nicht nur bei denjenigen, die den Wert offener Grenzen und freien Waren- und Kapitalverkehrs in ihrem beruflichen Alltag unmittelbar spüren. Es geht vor allem darum, die breite Masse der Bevölkerung von Europa zu überzeugen. Auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betonte in seiner jüngsten Rede zur Lage der Europäischen Union in Straßburg, dass „die EU nicht in Topform“ sei und „dass wir es in Teilen mit einer existenziellen Krise der EU zu tun haben“.

Sie alle wird es auch mit Sorge erfüllen, dass europakritische und nationalistische Stimmen in den letzten Jahren stetig an Bedeutung gewonnen haben. Die Brexit-Entscheidung in Großbritannien ist hier eigentlich nur der jüngste Schritt in einer Entwicklung, die wir so oder ähnlich in vielen anderen Mitgliedstaaten auch beobachten – auch in Deutschland.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig. So fällt es mehr und mehr Bürgern heute schwer, den Wert eines geeinten Europas zu erkennen. Viele nehmen die Errungenschaften eines vereinten und friedlichen Europas als selbstverständlich und alltäglich wahr. Das war in den Vorgängergenerationen, die den zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg miterlebt haben, noch ganz anders. Ebenso bot die Osterweiterung der Europäischen Union nach dem Fall der Mauer den Bürgern Osteuropas eine neue, freiheitliche Perspektive. Dieses gemeinschaftsstiftende Element ist ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer nicht mehr so präsent.

Hinzu kommt, dass sich seit Mitte der 1990er Jahre die globalen Herausforderungen mehren. Holzschnittartig kann man sagen, dass die europäischen Volkswirtschaften und ihre Bürger mindestens drei große Veränderungen in ihrem Umfeld zu verkraften hatten:

- die Globalisierung mit dem Aufkommen neuer Wettbewerber,
- die Finanz- und Schuldenkrise mit einer massiven Erhöhung der Arbeitslosigkeit und der Schuldenlast für staatliche Haushalte und
- die großen außenpolitischen Verwerfungen an den Außengrenzen Europas mit sprunghaft steigenden Flüchtlingszahlen und humanitären Herausforderungen.

Viele Menschen empfinden diese Entwicklungen als Bedrohung.

Es muss uns daher gelingen, den Menschen eine Perspektive zu bieten. Es nützt nichts, wenn wir ihnen erklären, dass auch sie von Freihandel, Wanderungsfreiheit und freiem

Kapitalverkehr profitieren, die Wohlstand generieren und damit letztlich auch den Kuchen für alle vergrößern. Dieser Zusammenhang ist schlicht zu abstrakt.

Hinzu kommt, dass die EU sich – in der Wahrnehmung ihrer Bürger – in immer mehr Lebensbereiche einmischt. Entsprechend sind die Menschen empfänglich für den Populismus EU-kritischer Parteien, die ein vereintes Europa als eine Bedrohung ihrer Lebenswirklichkeit darstellen.

Es wird allerdings nicht ausreichen, Europa nur besser zu erklären. Wenn es stimmt, dass eine positive Lebensperspektive mit darüber entscheidet, wie man sich zu Europa stellt, dann muss die Europäische Union dazu beitragen, dass die Menschen tatsächlich positive Perspektiven haben.

Daher ist es völlig richtig, dass die EU-Kommission „Innovation, Wachstum und Beschäftigung“ als Kernaufgaben der kommenden Jahre ansieht. Ich kann das nur unterstreichen, denn in 19 von 28

EU-Mitgliedstaaten wird die Arbeitslosigkeit als eines der zwei wichtigsten Probleme betrachtet.

Eine andere Frage ist jedoch, wie tatsächlich mehr Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Rolle Brüssels ist hierbei vor allem, im Rahmen ihrer Kompetenzen wachstumsfreundliche Bedingungen zu schaffen. Das heißt, Bedingungen, die es den europäischen Unternehmen ermöglichen, innovativ zu sein und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Wir müssen eine ehrliche Debatte darüber führen, in welchen Politikfeldern eine europäische Harmonisierung wirklich notwendig ist – und wo man mehr Vielfalt zulassen muss. Oft ist es nämlich die nationale Politik, die tatsächlich den entsprechenden Rahmen für Wachstum und Beschäftigung schafft. Auch in einem starken europäischen Binnenmarkt darf deshalb nicht alles zwingend einer Harmonisierung unterzogen werden.

Doch natürlich gibt es Bedarf für echte europäische Entscheidungen. Das gilt auch und gerade im Feld der Kapitalmarktregulierung. Diese liegt dem Deutschen Aktieninstitut naturgemäß besonders am Herzen.

Wir betrachten die Kapitalmarktunion als Chance, die Wachstumskräfte eines gemeinschaftlichen Kapitalmarkts zu nutzen und zu bündeln. Auch die EU-Kommission betonte vor nicht einmal zwei Wochen die Wichtigkeit der Kernmaßnahmen des Aktionsplans für eine Kapitalmarktunion und bekräftigte die Absicht, diese so schnell wie möglich umzusetzen. Die Brexit-Entscheidung darf aus diesem Grund keinesfalls als Ausrede dienen, die Kapitalmarktunion zu verschieben oder gar aufzugeben.

Wir betonen weiterhin:

1. Kapitalmärkte tragen zum Wachstum bei, weil sie die Finanzierung von Innovationen ermöglichen. Diese Erkenntnis muss das Handeln der EU konsequent leiten.

Das Projekt Kapitalmarktunion stellt diesbezüglich auch einen

Paradigmenwechsel des politischen Blicks auf die Kapitalmärkte dar: weg von der Fokussierung auf Risiken hin zu der Sichtweise, dass es Kapitalmärkte ohne Risiko nicht geben kann. Denn es ist auch eine Aufgabe der Kapitalmärkte, Risikoübernahme zu ermöglichen.

2. Die Kapitalmarktunion ist daher für uns mit der Chance verbunden, die Belange der Nachfrageseite nach Kapital – also vor allem der Unternehmen – stärker in den Fokus zu rücken.

Hier wurde in den letzten Jahren viel Bürokratie aufgebaut, deren Wert für den Anlegerschutz oder die Begrenzung von Systemrisiken nicht ersichtlich ist. Man sollte sich also nicht scheuen, auch jüngere Regulierungsmaßnahmen konsequent zu überprüfen: Erschweren sie den Gang an die Börse? Schaffen sie unnötige Rechtsrisiken oder administrativen Aufwand? Dabei wird übrigens gern vergessen, dass es nicht nur um die kleinen und mittleren Unternehmen, sondern auch um die großen Börsenwerte geht. Was uns bei Bayer zum Beispiel die Vorbereitung auf die Neuerungen der Marktmissbrauchsverordnung abverlangt, ist nur schwer mit einem objektiv notwendigen Regulierungsgrund zu erklären.

3. Erst recht aber sollte jeder neue Regulierungsschritt unterlassen werden, der dem Kernziel der Kapitalmarktunion entgegensteht, die Aufnahme von Kapital zu erleichtern.

Ich verstehe zum Beispiel nicht, wie sich das Vorhaben einer öffentlichen länderspezifischen Berichterstattung – das sogenannte „Public Country-By-Country-Reporting“ – mit dem Ziel der Vermeidung von Bürokratie verträgt. Auch mancher Vorschlag zur anstehenden Revision des Prospektrechts wird sich nicht mit dem Wunsch vereinbaren lassen, die Kapitalaufnahme der Unternehmen zu stärken.

4. Der Fokus darf auch nicht nur auf der Finanzierung liegen. Kapitalmärkte ermöglichen über die Finanzierung hinaus ein effizientes Management von Zins-, Währungs- und Rohstoffpreisrisiken.

Wir wären definitiv weniger wettbewerbsfähig, wenn es keine OTC-Derivate gäbe. Bei der Derivateregulierung muss daher auch weiterhin streng darauf geachtet werden, dass das unternehmerische Risikomanagement nicht belastet wird.

Meine Damen und Herren,

die Kapitalmarktunion ist vor allem eine politische Grundsatzentscheidung „pro Kapitalmarkt“. Sie muss konsequent und konsistent umgesetzt werden. Es geht um mehr unternehmerische Möglichkeiten am Kapitalmarkt, um mehr Vertrauen in die Marktkräfte und die Fähigkeiten der Unternehmen.

Für mich und meine Kollegen im Deutschen Aktieninstitut nehme ich in Anspruch, dass wir uns der Bedeutung unserer Entscheidungen für das Ansehen der Kapitalmarktteilnehmer in der Öffentlichkeit bewusst sind – und entsprechend handeln.

Die Kapitalmarktunion kann aber umgekehrt kein Heilsbringer für alle Probleme Europas sein. Es geht um deutlich mehr als um die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Es ist klar, dass wir an einer wichtigen Wegmarke stehen, an der wir die Europäische Union neu definieren, mindestens aber neu justieren müssen. Das erfordert eine offene Diskussion in allen Mitgliedsstaaten.

Die Brexit-Entscheidung ist ohne Frage bedauerlich und führt zu großer Unsicherheit bei uns allen. Sie zeigt aber auch, dass wir mehr als ein bloßes Kommunikationsproblem haben und dass die Anziehungskraft der europäischen Idee aus sich heraus sichtbar nachgelassen hat.

Schädlich ist besonders die Neigung der Nationalstaaten, der Europäischen Union die Verantwortung für eigene Probleme in die Schuhe zu schieben. Dann war es halt mal wieder Brüssel, auch wenn Brüssel gar nichts dafür kann. Das muss definitiv aufhören!

Das kommende Jahr wird nicht nur zeigen, ob und in welcher Weise die britische Regierung die Entscheidung ihrer Bürger umsetzt. Auch die Wahlen in Frankreich und Deutschland werden für die europäische Entwicklung von großer Bedeutung sein. Wer mehr Europa will, muss die Menschen von Europa überzeugen.

Wir beim Deutschen Aktieninstitut sind uns unserer Verantwortung bewusst. Auch wenn wir konkrete Kritik an einzelnen Regelungen in Europa äußern, wird man von uns keine pauschale EU-Kritik hören.

Im Gegenteil: Wir glauben fest daran, dass der europäische Binnenmarkt und die damit verbundenen Freiheiten für Unternehmen und Bürger den Wohlstand in Europa fördern.

Ein starkes Europa garantiert, dass europäische Belange in der Welt ernst genommen werden. Dieses hohe Gut dürfen wir nicht leichtfertig verspielen! Einzelnen europäischen Staaten wird eine entsprechende Wahrnehmung schlicht verwehrt bleiben.